

## Die sachsen-anhaltische Landtagswahl vom 20. März 2011: Modifiziertes „Weiter so“ statt Wechsel

Everhard Holtmann und Kerstin Völk

### 1. Ausgangslage: Regierungsbonus vor wirtschaftlich und politisch aufgehelltem Landeshorizont

Wie bei der Landtagswahl fünf Jahre zuvor, wich am 20. März 2011 das Koalitionsformat der amtierenden Landesregierung in Sachsen-Anhalt von jener im Bund ab. Lediglich die Vorzeichen hatten sich im Vergleich der Ebenen zueinander verkehrt: Während zu Zeiten der Berliner Großen Koalition in Magdeburg bis März 2006 noch ein schwarz-gelbes Kabinett regiert hatte, sah sich jetzt die im Land herrschende schwarz-rote Koalition einer von CDU/CSU und FDP gebildeten Bundesregierung gegenüber. Damit ergab sich nunmehr in Sachsen-Anhalt für Wähler, die von der Bundespolitik enttäuscht waren, grundsätzlich die Möglichkeit, die Landtagswahl zu nutzen, um den Berliner Regierungsparteien einen Denkzettel zu erteilen.

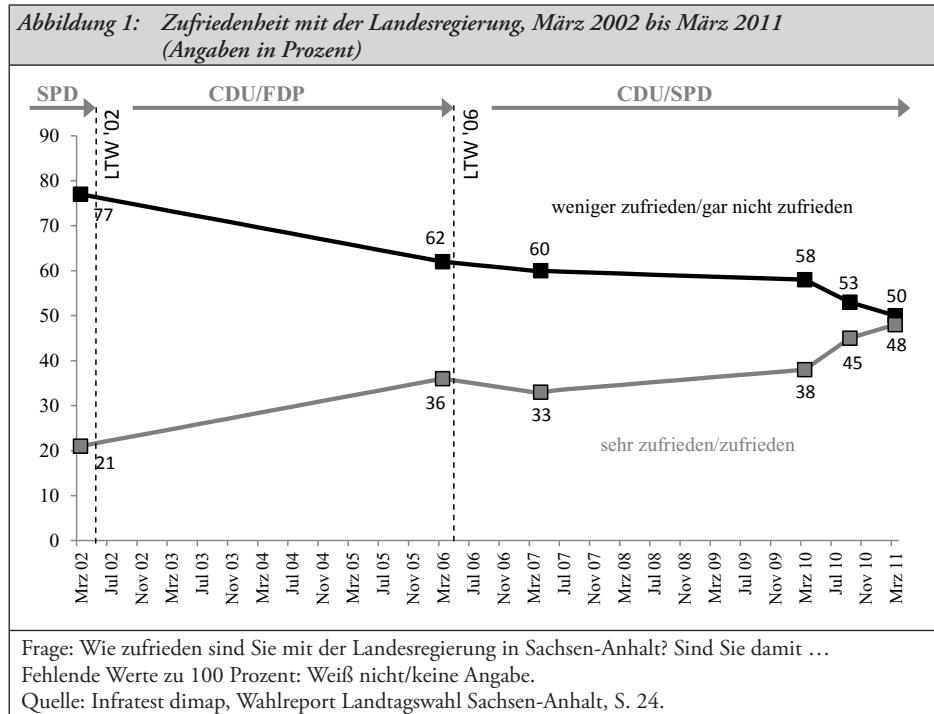
Hierauf schien, nimmt man die demoskopische Großwetterlage seit Anfang 2006 als Fingerzeig, tatsächlich manches hinzudeuten. Bei Eintritt in das Serienwahljahr 2011 äußerte sich nur etwa jeder vierte Bundesbürger mit der Arbeit der Bundesregierung zufrieden. In ein Popularitätstief war im Bund insbesondere die FDP abgesackt, der nur 14 Prozent Glaubwürdigkeit bescheinigten (bei der Bundestagswahl 2009 waren es noch 38 Prozent).<sup>1</sup> Eine große Mehrheit der Bevölkerung von 86 Prozent, so verzeichnete der ARD-DeutschlandTrend im Januar 2011, „erwartet für die FDP ein schwieriges Jahr, in dem sie bei den Wahlen die Quittung für ihre bisherige Arbeit bekommt“<sup>2</sup>. An ihr zugeschriebener sachpolitischer Kompetenz, vor allem in ihrem Profilfeld Steuerpolitik, hatte die FDP zu diesem Zeitpunkt bereits deutlich eingebüßt.

Im Vergleich mit 2006 wurde die Leistung der Landesregierung deutlich positiver bewertet. Seit Frühjahr 2010 zeigte die Zufriedenheitskurve erkennbar nach oben. Im Wahlmonat März 2011 hatte der wohlwollend gestimmte Bevölkerungsteil mit 48 Prozent zur Anzahl der Unzufriedenen (50 Prozent) nahezu aufgeschlossen (vgl. Abbildung 1). Ebenso bescheinigten die Sachsen-Anhalter den Spitzenkandidaten von CDU und SPD, *Reiner Haseloff* (54 Prozent) und *Jens Bullerjahn* (60 Prozent), mehrheitlich eine gute politische Arbeit.

In den recht vorteilhaften Noten für die Landespolitik und ihre Repräsentanten spiegelt sich die gewachsene zuversichtliche Einschätzung der aktuellen und zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung Sachsen-Anhalts wider. Zwar beurteilten im März 2011 immer noch 60 Prozent die ökonomische Lage in ihrem Bundesland als kritisch. Doch waren dies erheblich weniger als noch 2006 (88 Prozent) und 2002 (94 Prozent). Umgekehrt sahen deutlich mehr, nämlich 39 Prozent, als in den Vergleichsjahren gezählt worden waren (elf beziehungsweise fünf Prozent), das Land auf der wirtschaftlichen Erfolgsspur. Auch die

1 Vgl. Infratest dimap, ARD-DeutschlandTREND Dezember 2010, S. 4, und Januar 2011, S. 4.

2 Vgl. ebenda.



Zukunft der Wirtschaft hat sich nach Meinung der Landesbewohner aufgehellt: Dass Sachsen-Anhalt in einem Jahr besser dasteht, glaubten 2006 lediglich vier, fünf Jahre später immerhin 29 Prozent. Im Gegenzug ging die Quote derer, die eine Verschlechterung der regionalen Wirtschaftsdaten befürchten, um 33 Punkte auf 18 Prozent zurück. Vier von fünf Bürgern stimmten der Aussage zu, dass Sachsen-Anhalt sich alles in allem in den letzten Jahren „sehr positiv“ entwickelt habe.<sup>3</sup>

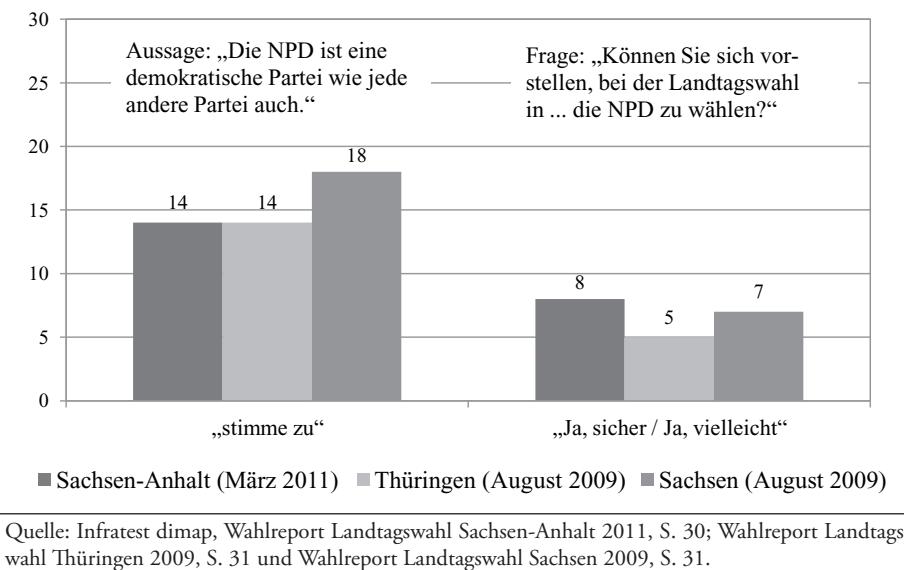
Tatsächlich hat das Land, das sich im ersten Jahrzehnt nach der Einheit mit der Heilung der ökonomischen Strukturbrüche besonders schwer tat und bei wichtigen Kennziffern wie der Arbeitslosigkeit die symbolbefrachtete „rote Laterne“ getragen hatte, inzwischen einen Kurs wirtschaftlicher Erholung und haushaltspolitischer Konsolidierung eingeschlagen. Mit einer Arbeitslosenquote von 13,0 Prozent (Februar 2011) und einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 2,5 Prozent im ersten Halbjahr 2010 belegt Sachsen-Anhalt im Bundesländervergleich nur noch den viert- beziehungsweise drittletzten Platz.<sup>4</sup> In Länder-Rankings wird ihm zudem eine überdurchschnittliche wirtschaftliche Dynamik attestiert.<sup>5</sup>

3 Vgl. *dies.*, Wahlreport Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2011, S. 20 f.; *dies.*, Sachsen-Anhalt vor der Wahl – März 2011, Analyseband (unveröffentlicht), S. 12.

4 Vgl. ebenda, S. 11.

5 Im Dynamik-Ranking der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft 2009 nahm Sachsen-Anhalt Platz 1 ein. Bei der Steuerkraft legte das ostdeutsche Bundesland um 72,2 Prozent zu und lag beim BIP mit einem Zuwachs von 6,2 Prozent an zweiter Stelle hinter Baden-Württemberg (vgl. Institut der Deutschen Wirtschaft Köln Consult, 7. Bundesländerranking 2009, S. 8 ff.).

Abbildung 2: Aussagen zur NPD und Potenzial der NPD (Angaben in Prozent)



Quelle: Infratest dimap, Wahlreport Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2011, S. 30; Wahlreport Landtagswahl Thüringen 2009, S. 31 und Wahlreport Landtagswahl Sachsen 2009, S. 31.

Vor diesem Horizont einer merklich hoffnungsvoller ausfallenden wirtschaftlichen Grundstimmung überrascht nicht, dass das amtierende schwarz-rote Regierungsbündnis im Vorfeld der Landtagswahl größeren Zuspruch erfuhr als die schwarz-gelbe Vorgängerkoalition. Obgleich jeweils nur eine Minderheit der Bürger zwischen 24 und 28 Prozent die Anstrengungen der Landesregierung auf den großen Baustellen der Landespolitik – Schuldenabbau, Herstellung sozialer Gerechtigkeit, Schule und Bildung, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit – für erfolgreich erachtete, befürwortete in Vorwahlumfragen nur ein knappes Drittel der Befragten einen Regierungswechsel zu Rot-Rot. 56 Prozent hießen eine Fortsetzung der Zusammenarbeit von CDU und SPD gut. Damit hatte sich die Stimmung gegenüber 2006 und 2002 eindeutig gedreht. Damals hatten Mehrheiten von 50 (2006) und 62 Prozent (2002) für eine Ablösung der seinerzeitigen Regierungskoalitionen plädiert.<sup>6</sup>

Wie auch in anderen ostdeutschen Ländern hat die rechtsextreme NPD in Sachsen-Anhalt ein Potenzial an Wählern und Sympathisanten, das einen Einzug in den Landtag in greifbare Nähe rückt (vgl. Abbildung 2). Psychologisch profitiert die NPD von gefühlten Schwächen der Parteidemokratie: Dass diese „hier nicht richtig funktioniert“, bejahten 53 Prozent der Sachsen-Anhalter. Gar 83 Prozent waren überzeugt, die meisten Politiker wüssten nicht, „was im wirklichen Leben los ist“<sup>7</sup>. Wo sich Entfremdung mit der etablierten Politik ausbreitet, erscheinen die Rechtsextremen nicht mehr als antidemokratische Außenseiter: 41 Prozent sahen in der NPD eine Partei, die zwar keine Probleme lösen könne, aber „die Dinge wenigstens beim Namen“<sup>8</sup> nenne.

6 Vgl. Infratest dimap, Wahlreport, a.a.O. (Fn. 3), S. 36 f.

7 Ebenda, S. 21; Analyseband (Fn. 3), S. 43.

8 Dies., Wahlreport, a.a.O. (Fn. 3), S. 30.

Die politische Stimmungskurve verlief zwischen der vorherigen Landtagswahl 2006 und dem jüngsten Wahlgang 2011 insgesamt ohne heftige Ausschläge. Die in der Sonntagsfrage für die drei großen Parteien ermittelten Wähleranteile blieben über fünf Jahre insgesamt ziemlich konstant. CDU und SPD hielten sich fortwährend ein paar Punkte unter beziehungsweise über ihrem letzten Wahlergebnis. Die Linke schloss im Herbst 2010 zwar kurzfristig zur CDU auf, ging danach jedoch stetig bis auf ihr 2006 erzieltes Stimmenniveau zurück (vgl. Abbildung 3). Für die kleinen Parteien, die sich nahe der Fünf-Prozent-Schwelle bewegen, wirkten sich selbst sachte Verschiebungen naturgemäß folgenreicher aus. Die FDP legte, begünstigt durch den Bundestrend, bis Frühjahr 2010 zunächst zu; als sich dann der politische Wind drehte, geriet auch die Landespartei in den Abwärtssog. Auch die Grünen erreichten im Vorwahljahr 2010 den Scheitelpunkt der Wählergunst, verloren danach wieder an Zuspruch und mussten Wochen vor der Wahl sogar wieder um ihren Einzug in den Landtag bangen. Präferenzen für die NPD schließlich wurden erstmals im Januar 2011 zu einer messbaren Größe. Jedoch schätzten die Wahlforscher in der Woche vor der Wahl die Aussichten der Rechtsextremen, ins Parlament einzuziehen, größer ein als die Chancen der DVU fünf Jahre zuvor.<sup>9</sup>

## 2. Wahlkampf: Schlagabtausch mit Wattebäuschen

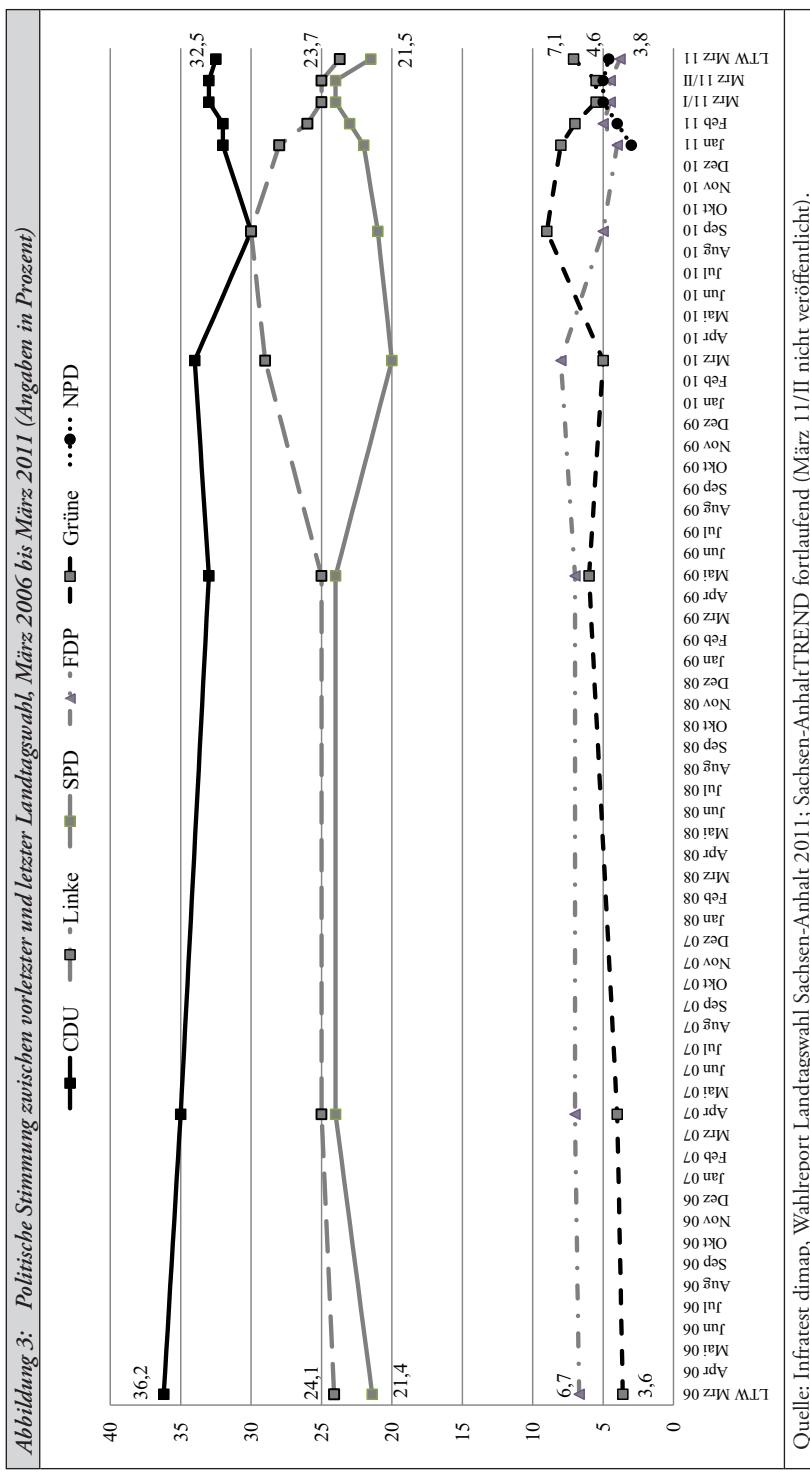
Der Wahlkampf entbehrte jeglicher dramatisierender Höhepunkte und dümpelte, ähnlich wie 2006, vor sich hin. Es fehlte ein zündendes Thema, die sachpolitische Polarisierung zwischen den demokratischen Parteien war schwach ausgeprägt, und der öffentliche persönliche Schlagabtausch verlief ohne Schärfen. Hierzu trug wesentlich bei, dass sowohl die CDU als auch die Linkspartei nach Lage der Dinge für eine Koalitionsbildung auf die Sozialdemokraten angewiesen waren und diesen gegenüber folglich jedwede schroffe Konfrontation vermieden. Während die Linkspartei die inhaltliche Übereinstimmung bei zentralen Wahlkampfthemen (längeres gemeinsames Lernen, Mindestlohn, Vergabegesetz, ganztägige Kinderbetreuung) herausstellte und sich der SPD als alternativer Koalitionspartner anbot<sup>10</sup>, signalisierte die CDU, dass eigentlich alle strittigen Sachfragen verhandelbar seien, und warb ausdauernd für eine Fortsetzung des bisherigen Regierungsbündnisses. Selbst der Wille, das von der SPD vehement geforderte Kultusministerium bei einer Neuauflage der schwarz-roten Koalition zu verteidigen, wurde nicht ausgesprochen kämpferisch bekundet.

Die SPD wiederum, obgleich in der Stimmungskurve stets nur Drittplatzierte, war sich ihrer vorteilhaften Schlüsselposition bewusst und hielt die Koalitionsfrage während des Wahlkampfes offen. Auch Rot-Rot war demzufolge eine denkbare Option. Allerdings schloss die SPD kategorisch aus, einen Ministerpräsidenten der Linkspartei mitzuwählen (worauf diese für den Fall, dass sie mehr Wählerstimmen als die SPD holen würde, allerdings bestand). Die Magdeburger Staatskanzlei, so Spitzenkandidat *Jens Bullerjahn*, könne man nicht einer Partei überantworten, die kein Parteiprogramm habe.<sup>11</sup> Das demonstrierte

9 Vgl. *dies.*, Analyseband, a.a.O. (Fn. 3), S. 8.

10 Vgl. Die Linke warnt vor überzogenen Erwartungen, in: Volksstimme vom 4. März 2011.

11 Vgl. *Robert von Lucius*, Bullerjahn und der Wille zur Macht, in: FAZ vom 8. März 2011, S. 4; *Hartmut Augustin / Hans-Jürgen Greye / Hendrik Kranert-Rydzy / Kai Gauselmann*, Interview mit Bullerjahn, Es gibt keine Wackelei, in: Mitteldeutsche Zeitung vom 17. Januar 2011.



Bewusstsein eigener strategischer Stärke bezog die SPD nicht nur aus den guten Sympathiewerten für ihren Spaltenmann. Vielmehr rückte die Aussicht, einen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten zu stellen, in der Schlussphase des Wahlkampfes in scheinbar greifbare Nähe, denn acht Tage vor den Wahlen lag die SPD in Umfragen nur noch einen Punkt hinter der Linkspartei (vgl. Abbildung 3).<sup>12</sup>

Demgegenüber fiel es FDP und Grünen schwer, breite öffentliche Aufmerksamkeit zu wecken, lange vor dem Wahltag zeichnete sich schon ab, dass beide Parteien für künftige Regierungskoalitionen keine Rolle spielen würden. Der demoskopische Sinkflug der Liberalen ließ einerseits die Neuaufage einer schwarz-gelben Koalition als nahezu aussichtslos erscheinen.<sup>13</sup> Andererseits war nicht zu erwarten, dass es trotz des wahrscheinlichen Einzugs der Grünen in den Landtag für Rot-Grün reichen würde. Eine gewisse Unbekannte waren die Freien Wähler. Diese hatten 2006 lediglich ein halbes Prozent der Zweitstimmen errungen, hofften diesmal aber, von allgemein verbreiteter Parteienverdrossenheit und dem mancherorts latent vorhandenen Unmut über die kommunale Gebietsreform zu profitieren.<sup>14</sup>

Alle demokratischen Parteien stemmten sich mit einem gemeinsamen Aufruf kurz vor dem Wahltag gegen einen drohenden Einzug der NPD in den Landtag. Auf deren Landesliste fanden sich, wie die Presse recherchiert hatte, „Partefunktionäre, Dauerstudenten, Polit-Abenteurer und Vorbestrafte“<sup>15</sup>. Eine gewisse Publizität verschaffte den Rechtsextremen in der heißen Wahlkampfphase nicht nur ein flächendeckendes Plakatieren ihrer bekannten Parolen, sondern auch der Bürgermeister einer Gemeinde im Burgenlandkreis, der im Dezember 2010 aus der SPD ausgetreten war und sich als NPD-Direktkandidat hatte aufstellen lassen.<sup>16</sup> Indessen produzierte die Partei in den letzten Vorwahlwochen selbst unerwartet negative Schlagzeilen: Zum einen wurde ein interner E-Mail-Verkehr publik, in dem NPD-Funktionäre sich mit fremdenfeindlichem Vokabular untereinander austauschten. Zum anderen geriet der NPD-Spitzenkandidat *Matthias Heyder* in das Visier der Ermittlungsbehörden wegen des Verdachts, in einem Internetforum unter Pseudonym zur Gewalt gegen Frauen von politischen Gegnern aufgerufen und Anleitungen zum Bombenbau gegeben zu haben.<sup>17</sup>

12 Vgl. Rot-rotes Bündnis rückt näher, in: Mitteldeutsche Zeitung vom 12. März 2011; *Tilmann Steffen*, Neue Umfragen verleihen dem Wahlkampf Spannung, in: ZEIT Online vom 12. März 2011, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2011-03/sachsen-anhalt-umfrage> (Abruf am 7. Oktober 2011).

13 Vgl. Interview mit FDP-Fraktionschef *Veit Wolpert*, Von Sachthemen und Schnittmengen, in: Mitteldeutsche Zeitung vom 5. Januar 2011.

14 Vgl. Freie Wähler wollen Regierungschef direkt wählen, in: Volksstimme vom 1. März 2011; *Christian Schafmeister*, Außenseiter treten kämpferisch auf, in: Mitteldeutsche Zeitung vom 13. März 2011. Die im Juli 2007 in Kraft gesetzte Gebietsreform wurde im Wahljahr 2011 von den Bürgern mehrheitlich (44 Prozent) abgelehnt; 38 Prozent befürworteten sie (vgl. Infratest dimap, Sachsen-AnhaltTrend April 2007).

15 *Winfried Borchert*, Partefunktionäre, Dauerstudenten, Polit-Abenteurer und Vorbestrafte – Ein Blick auf die Kandidatenliste der sachsen-anhaltinischen NPD, in: Volksstimme vom 9. März 2011.

16 Vgl. *Astrid Geisel*, Im Zweifel rechts – Bürgermeister wechselt von der SPD zur NPD, in: taz vom 20. Januar 2011, <http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/im-zweifel-rechts/> (Abruf am 14. März 2011).

17 Vgl. Anleitung zum Bombenbau: Polizei nimmt NPD-Chef ins Visier, in: Volksstimme vom 16. März 2011); Anzeigen gegen NPD-Funktionär, in: Mitteldeutsche Zeitung vom 17. März 2011.

### 3. Das Wahlergebnis: die größeren Drei in unveränderter Reihenfolge

#### 3.1. Wahlbeteiligung und Stimmenverteilung im Land

Die Zahl der Wahlberechtigten ist bei der Landtagswahl 2011 in Sachsen-Anhalt erstmals unter die Zwei-Millionen-Grenze gefallen (vgl. Tabelle 1). Hierin kommt die anhaltende Abwanderung, von der das Land seit der Wiedervereinigung betroffen ist und die auch ein Wahlkampfthema war, zum Ausdruck. Die Wahlbeteiligung ist nach dem historischen Tiefstand aller deutschen Landtagswahlen 2006 (44,4 Prozent) leicht gestiegen, nämlich um 6,8 Punkte auf 51,2 Prozent. Dennoch ist dies die bisher zweitniedrigste Wahlbeteiligung bei einer Landtagswahl in Sachsen-Anhalt.

Das Wahlrecht gleicht dem bei Bundestagswahlen und sieht vor, dass jeder Wähler über zwei Stimmen verfügt: Mit der Erststimme votiert er für den präferierten Abgeordneten in seinem Wahlkreis, mit der Zweitstimme für die präferierte Landesliste einer Partei.<sup>18</sup> Ausschlaggebend für das Abschneiden der Parteien sind die gültigen Zweitstimmen. Auf deren Basis wird die endgültige Verteilung der Landtagsmandate entsprechend dem erzielten Stimmenverhältnis der Parteien, die mindestens fünf Prozent aller gültigen Zweitstimmen erreichen konnten, festgelegt. Von den 13 Parteien, die mit Landeslisten angetreten waren, wurde die CDU mit 32,5 Prozent der gültigen Stimmen 2011 stärkste Partei. Dieses auf den ersten Blick günstige Ergebnis sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich um das zweitschlechteste Ergebnis der Christdemokraten in Sachsen-Anhalt seit der Landtagswahl 1990 handelt; im Vergleich zur letzten Landtagswahl 2006 mussten sie Stimmeneinbußen in Höhe von 3,7 Prozentpunkten hinnehmen. Unter Berücksichtigung der bundespolitischen Stimmungslage kam die Landes-CDU – anders als die FDP – glimpflich davon. So entsprach ihr Wahlergebnis auch dem Bundestrend. Im Rennen mit der SPD um Platz zwei hatte die Linke mit 23,7 Prozent die Nase vorn. Zwar gewann die Partei knapp 18.000 Stimmen hinzu, blieb jedoch aufgrund der gestiegenen Wahlbeteiligung um 0,4 Punkte unter dem Wahlergebnis von 2006 und verfehlte ihr Ziel, wie bei der Bundestagswahl 2009<sup>19</sup> stärkste Kraft in Sachsen-Anhalt zu werden, deutlich. Im langfristigen Vergleich ist es das zweitbeste Ergebnis, das die Linke beziehungsweise vormals die PDS in Sachsen-Anhalt zwischen 1990 und 2011 erreichte. Die Sozialdemokraten erzielten mit 21,5 Prozent nahezu dasselbe Ergebnis wie 2006 und müssen sich nach 2002 und 2006 abermals mit der Position der drittstärksten Fraktion im Landtag begnügen. Im langfristigen Vergleich liegen sie damit fünf Prozentpunkte unter ihrem langjährigen Durchschnittswert, der vor allem auf das gute Abschneiden 1994 und 1998 zurückzuführen ist, als sie 34,0 und 35,9 Prozent der Wählerstimmen erhielten (vgl. Tabelle 1).

Wahlverlierer waren die Liberalen, die nach 1994 und 1998 erneut die Fünf-Prozent-Hürde nicht schafften. Sie erreichten lediglich 3,8 Prozent und mussten die größten Stimmeneinbußen von über 22.000 Wählern hinnehmen. Damit führte das politische Zwischenstief der Bundes-FDP, das sich schon Monate vor den Regionalwahlen von 2011 abzeichnete, zum parlamentarischen Absturz der sachsen-anhaltischen Landespartei. Der

18 Vgl. Wahlgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Februar 2010.

19 Bei der Bundestagswahl 2009 erreichte die Linke 32,4 Prozent der gültigen Zweitstimmen und die CDU 30,1 Prozent in Sachsen-Anhalt (vgl. Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt).

Tabelle 1: Amtliches Wahlergebnis (Zweitstimmen) der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 20. März 2011

	2011			2006			Differenz 2011-2006 in ...			Langjähriger Ø (1990-2011) in %/absolute Zahlen	Abweichung 2011 vom lang- jährigen Ø in %-Punkten/ absolute Zahlen
	% an gültigen Stimmen	Absolute Zahlen	Sitze (Ges. 105)	% an gültigen Stimmen	Absolute Zahlen	Sitze (Ges. 97)	%-Punkten an Wählern	Absolute Zahlen	Sitzen (+8)		
CDU	32,5	323.019	41	36,2	326.721	40	-3,7	-3.702	+1	33,6	-1,1
Die Linke	23,7	235.011	29	24,1	217.295	26	-0,4	+17.716	+3	20,0	+3,7
SPD	21,5	213.611	26	21,4	192.754	24	+0,1	+20.857	+2	26,5	-5,0
Grüne	7,1	70.922	9	3,6	32.117	—	+3,5	+38.805	+9	4,4	+2,7
FDP	3,8	38.173	—	6,7	60.209	7	-2,9	-22.036	-7	7,5	-3,7
NPD*	4,6	45.826	—	3,5	31.228	—	+1,1	+14.598	—	3,9	+0,7
Freie Wähler	2,8	28.193	—	—	—	—	+2,8	+28.193	—	—	—
Andere*	4,0	37.747	—	4,6	41.930	—	-0,6	+25.010	—	4,3	+2,5
Gültige Stimmen	100,0	993.502	100,0	100,0	902.254	—	-0,1	+91.248	—	1.183.202	-189.700
Ungültige Stimmen	2,4	24.000	2,3	21.024	—	+0,1	2.976	—	2,8	—	-0,4
Wähler	51,2	1.017.502	44,4	923.278	—	+6,8	+94.224	—	57,3	—	—
Nichtwähler	48,8	970.670	55,6	1.155.381	—	-6,8	-184.711	—	42,8	—	+6,0
Wahl- berechtigte	100,0	1.988.172	100,0	2.078.659	—	0,0	-90.487	—	2.119.243	—	-131.071

Anmerkungen: Abweichungen von 100 beziehungsweise 0 Prozent sind rundungsbedingt. Die Prozentpunktendifferenzen wurden mit ungerundeten Stimmenanteilen berechnet und können daher von den Veröffentlichungen des Landeswahlleiters abweichen.

\* DVU (3,0 Prozent) und Republikaner (0,5 Prozent) kamen bei der Landtagswahl 2006 zusammen auf 3,5 Prozent der Zweitstimmen.

\* Unter „Andere“ kam keine Partei sowohl bei der Landtagswahl 2011 als auch 2006 über 2,0 Prozent der gültigen Stimmen.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; eigene Berechnungen.

Zustand, dass die FDP in allen 16 Landesparlamenten vertreten ist, hielt nach dem Einzug der Partei in die Hamburger Bürgerschaft am 20. Februar 2011 gerade einmal vier Wochen.<sup>20</sup> Im langfristigen Vergleich verfehlten die Liberalen nur knapp ihr bisher schlechtestes Landtagswahlergebnis in Sachsen-Anhalt 1994 mit 3,6 Prozent der Wählerstimmen. Insgesamt gleicht das Abschneiden der FDP im Lande einer Berg- und Talfahrt von über 13 bis unter fünf Prozent.

Von den Verlusten der CDU und insbesondere der FDP profitierten vor allem die Grünen, ferner die Freien Wähler und in geringem Maße auch die NPD. Zu den klaren Gewinnern zählen die Grünen, die nach 1990 und 1994 mit 7,1 Prozent wieder den Einzug in den Magdeburger Landtag schafften. Im Vergleich zur Landtagswahl 2006 konnten sie ihren Stimmenanteil nahezu verdoppeln und sich damit – gemessen an dem Durchschnitt der bisherigen Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt – deutlich verbessern. Damit schnitten die Grünen merklich besser ab als in den Vorwahlumfragen, denen zufolge ungewiss war, ob sie den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde schaffen würden. Einen Achtungserfolg verzeichneten die erstmals angetretenen Freien Wähler, die einen Zusammenschluss parteiunabhängiger, meist kommunal organisierter Wählergruppen darstellen. Sie scheiterten mit 2,8 Prozent der Wählerstimmen zwar klar an der Fünf-Prozent-Hürde, hatten mit 28.193 Stimmen aber nach den Grünen den zweitgrößten absoluten Zugewinn. Die rechts-extreme NPD, deren Landeschef *Matthias Heyder* die Landtagswahl als „Schicksalswahl für die gesamte nationale Bewegung in Deutschland“<sup>21</sup> bezeichnet hatte, verpasste mit 4,6 Prozent ihr erklärtes Wahlziel, in den Landtag einzuziehen. 2006 waren DVU und Republikaner, die beide darauf verzichtet hatten, bei der Landtagswahl 2011 anzutreten, zusammen auf 3,5 Prozent gekommen. Folglich konnte die NPD einen Stimmenzuwachs im rechten Wählerspektrum von 1,1 Prozentpunkten verzeichnen. Dieser Zugewinn findet auch in absoluten Zahlen seinen Ausdruck. Dies belegt in Anbetracht der gestiegenen Wahlbeteiligung, dass es der NPD gelungen ist, neue Wähler anzusprechen.

Der Vorsprung der Christdemokraten vor Linken und Sozialdemokraten spiegelt sich nicht nur in der Verteilung der Zweitstimmen, sondern noch ausgeprägter darin, dass die CDU in 41 von 45 Wahlkreisen das Direktmandat erringen konnte (tabellarisch nicht ausgewiesen). Neben anderen gewann auch der Spitzenkandidat *Reiner Haseloff* seinen Wahlkreis Dessau-Roßlau-Wittenberg. Drei Direktmandate entfielen auf die Linke. Sie war in den Wahlkreisen Salzwedel, Magdeburg I und Halle I erfolgreich. Ihr Spitzenkandidat, *Wulf Gallert*, musste seinen Wahlkreis Magdeburg IV dem CDU-Bewerber überlassen. Bei der SPD gelang es nur dem Spitzenkandidaten *Jens Bullerjahn*, seinen Wahlkreis Eisleben direkt zu gewinnen. Als persönlichen Erfolg konnte er verbuchen, dass sein Erststimmenergebnis das Zweitstimmenergebnis seiner Partei um 8,3 Prozentpunkte überstieg.<sup>22</sup>

Besonders umkämpft waren Magdeburg I, Hettstedt und Halle IV. Hier betrug der Stimmenvorsprung des Erst- zum Zweitplatzierten weniger als einen Prozentpunkt. Hinge-

20 Vgl. *Benjamin-Immanuel Hoff / Horst Kahrs*, Die Ergebnisse der Abgeordnetenhauswahl in Berlin am 18. September 2011 – Wahlnachtbericht und erste Analyse, S. 3, [http://wahlanalysen.files.wordpress.com/2011/09/2011\\_be\\_ltw\\_wahlnachtbericht.pdf](http://wahlanalysen.files.wordpress.com/2011/09/2011_be_ltw_wahlnachtbericht.pdf) (Abruf am 30. September 2011).

21 *Florian Gathmann / Maximilian Pop*, NPD in Sachsen-Anhalt: Pleite bei der Schicksalswahl, in: Der Spiegel vom 21. März 2011, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,752131,00.html> (Abruf am 30. September 2011).

22 Vgl. Infratest dimap, Wahlreport, a.a.O. (Fn. 3), S. 53.

gen waren die Wahlkreise Wolmirstedt und Wittenberg in sicherer Hand der CDU-Bewerber, deren Vorsprung jeweils über 20 Punkte betrug.<sup>23</sup> Generell mussten die drei großen Parteien CDU, Linke und SPD auf Wahlkreisebene Stimmverluste hinnehmen. Dies trifft besonders auf die SPD zu, die im Vergleich zur Landtagswahl 2006 lediglich in zwölf der 45 Wahlkreise ihren Stimmenanteil verbesserte. Christdemokraten und Linke konnten dagegen in 16 Wahlkreisen Stimmengewinne verzeichnen.<sup>24</sup>

Wie in der Vergangenheit fielen auch 2011 die Abweichungen zwischen Erst- und Zweitstimmenanteilen der Parteien eher gering aus.<sup>25</sup> Von der Möglichkeit des Stimmen-splittings machten die Wähler bei der Landtagswahl 2011 in Sachsen-Anhalt ebenfalls wenig Gebrauch. Nur etwa jeder Fünfte vergab Erst- und Zweitstimme an unterschiedliche Parteien.<sup>26</sup> Nutznießer des Splittings waren die FDP und die Grünen, aber auch die NPD. Die Hälfte aller FDP-Zweitstimmen stammt von Wählern, die mit der Erststimme für den Kandidaten einer anderen Partei – vor allem der CDU (35 Prozent) – gestimmt haben. Bei den Grünen gehen vier von zehn Zweitstimmen auf das Konto von Wählern, die mit ihrer Erststimme für eine andere Partei – insbesondere die SPD (21 Prozent) – votiert haben. Bei der NPD stammt ein Drittel der Zweitstimmen von Wählern, die ihre Erststimme für Kandidaten von CDU, Linke oder Freien Wählern abgegeben haben. Die drei großen Parteien profitierten weniger vom Stimmensplitting. Bei CDU und Linke beläuft sich der Anteil an profilierten Zweitstimmen, die nicht auf Wähler zurückzuführen sind, die auch mit ihrer Erststimme für CDU beziehungsweise Linke stimmten, auf gerade einmal 14 Prozent. Bei der SPD ist es ein Viertel (tabellarisch nicht ausgewiesen).<sup>27</sup>

### 3.2. Das Ergebnis in den kreisfreien Städten und Landkreisen: schwach ausgeprägte Hochburgen und Diasporagebiete

Auch wenn in Sachsen-Anhalt das Wahlverhalten der Bürger schon bei vergangenen Landtagswahlen Hochburgen und Diaspora-Gebiete in sehr schwacher Ausprägung aufwies<sup>28</sup>, lassen sich bei der Landtagswahl 2011 durchaus regionale Schwerpunkte erkennen, die je nach Partei unterschiedlich deutlich ausfallen (vgl. Tabelle 2). Bei den drei größeren Parteien zeigt die CDU die größten regionalen Differenzen. Die Christdemokraten, die als stärkste Partei aus der Wahl hervorgingen, konnten vor allem im Landkreis Wittenberg ein überdurchschnittlich gutes Wahlergebnis (39,6 Prozent) erzielen. Auch im Jerichower Land und in Stendal lagen sie mit 2,6 beziehungsweise 2,3 Prozentpunkten über ihrem Landesergebnis. Die Stimmenanteile der Linken und der Sozialdemokraten zeichnen sich

23 Vgl. Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Direkt im Wahlkreis gewählte Abgeordnete, <http://www.stala.sachsen-anhalt.de/wahlen/lt11/index.html> (Abruf am 30. September 2011).

24 Eigene Berechnungen auf Basis von Infratest dimap, Wahlreport, a.a.O. (Fn. 3), S. 1 f.

25 Vgl. ebenda, S. 7.

26 Vgl. ebenda, S. 46.

27 Vgl. Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (Hrsg.), Faltblatt „Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2011. Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik“, <http://www.stala.sachsen-anhalt.de/wahlen/lt11/index.html> (Abruf am 30. September 2011).

28 Vgl. *Everhard Holtmann*, Die sachsen-anhaltische Landtagswahl vom 26. März 2006: Magdeburg übernimmt das Berliner Format des „halben Machtwechsels“, in: *ZParl*, 38. Jg. (2007), H. 1, S. 51 – 67, S. 58.

**Tabelle 2: Wahlergebnis (Zweitstimmen) in den kreisfreien Städten und Landkreisen (Angaben in Prozent)**

	WBT	CDU	Die Linke	SPD	Grüne	FDP	NPD	Freie Wähler	Andere
Kreisfreie Städte									
Dessau-Roßlau	52,8	32,0	24,0	20,1	9,4	3,3	4,0	3,4	3,9
Halle (Saale)	52,9	27,3	24,2	21,2	12,9	4,7	3,2	1,3	5,4
Magdeburg	56,9	29,8	23,8	24,0	10,0	2,9	3,2	1,3	4,9
Landkreise									
Altmarkkreis Salzwedel	50,3	30,5	25,5	22,6	7,4	4,8	4,3	1,8	3,2
Anhalt-Bitterfeld	48,4	32,6	24,3	20,0	5,6	4,7	4,8	4,2	3,7
Börde	51,6	34,6	21,5	21,8	5,7	4,3	4,7	4,0	3,5
Burgenlandkreis	49,4	32,3	23,3	20,0	5,6	4,0	7,0	4,2	3,5
Harz	51,4	34,2	22,5	22,2	7,1	3,2	5,0	1,8	3,9
Jerichower Land	51,5	35,1	22,4	22,7	6,0	3,4	3,8	3,1	3,5
Mansfeld-Südharz	49,8	29,4	25,9	23,6	4,7	3,7	6,0	3,5	3,2
Saalekreis	49,9	33,4	23,2	20,4	5,9	4,9	4,9	3,2	4,0
Salzlandkreis	47,1	33,2	25,0	21,1	5,5	3,9	4,9	2,9	3,6
Stendal	50,2	34,8	25,5	21,7	5,7	2,9	4,6	1,5	3,3
Wittenberg	53,8	39,6	21,1	18,7	5,1	3,1	4,3	4,8	3,2
Bundesland									
Sachsen-Anhalt	51,2	32,5	23,7	21,5	7,1	3,8	4,6	2,8	4,0

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, eigene Zusammenstellung.

durch ein relativ geringes regionales Gefälle aus. Beide Parteien hatten im CDU-dominierenden Wittenberg das Nachsehen und erzielten dagegen in Mansfeld-Südharz, wo die CDU weniger gut abschnitt, ein überdurchschnittliches Wahlergebnis. Die Sozialdemokraten konnten auch in der Landeshauptstadt Magdeburg einen Stimmenbonus für sich verbuchen.

Bei den kleineren Parteien waren es insbesondere die Grünen, die von dem regional unterschiedlichen Abstimmungsverhalten profitierten. Ihr gutes Abschneiden ist vor allem auf die Stimmenanteile in den kreisfreien Städten, allen voran Halle, wo sie 5,8 Prozentpunkte über dem Landesergebnis lagen, zurückzuführen. Weniger Zuspruch fanden sie hingegen in den Landkreisen, wobei sie in Mansfeld-Südharz und Wittenberg besonders schlecht abschnitten. Damit zeigt sich wie in anderen Bundesländern, dass die Hochburgen der Grünen in Großstädten liegen. Die deutliche Niederlage der Liberalen spiegelt sich in ihrem Abschneiden in den kreisfreien Städten und den Landkreisen. Nirgends gelang es der FDP, über die Fünf-Prozent-Hürde zu kommen. Lediglich im Saalekreis, dem Altmarkkreis Salzwedel und in Anhalt-Bitterfeld sowie in Halle, der Geburtsstadt *Hans-Dietrich Genschers*, konnte sie zwischen 4,7 und 4,9 Prozent der Stimmen erzielen. Insgesamt fielen die Verluste der Liberalen flächendeckend aus.

Die NPD verpasste zwar ebenfalls den Einzug in den Landtag. Das regional aufgeschlüsselte Wahlergebnis zeigt jedoch, dass sie in drei Landkreisen – dem Burgenlandkreis, Mans-

feld-Südharz und dem Harz – die Fünf-Prozent-Hürde überwand. In den beiden bevölkerungsreichsten Städten Sachsen-Anhalts, Magdeburg und Halle, lag das Wahlergebnis der NPD allerdings 1,4 Prozentpunkte unter dem Landesdurchschnitt. Auch wenn der NPD der Einzug in den Landtag verwehrt blieb, täuscht das Wahlergebnis nicht darüber hinweg, dass die äußerste Rechte ein gewisses Potenzial hat (vgl. Abbildung 2). Ein weiteres Indiz dafür ist, dass das Land bei „politisch rechts motivierten Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund“<sup>29</sup> bezogen auf die Einwohnerzahl 2009 an erster Stelle und 2010 an zweiter Stelle lag. Zudem sind nach der für die NPD verlorenen Landtagswahl militante Neonazi-Kameradschaften in Sachsen-Anhalt präsent.<sup>30</sup>

Die Freien Wähler verdanken ihren Achtungserfolg in erster Linie den Bürgern in Wittenberg, Anhalt-Bitterfeld und im Burgenlandkreis, die überdurchschnittlich häufig für sie votierten. Angesichts ihrer hauptsächlichen Verankerung in kleinen Gemeinden überrascht es nicht, dass die Freien Wähler in den kreisfreien Städten Magdeburg und Halle unterdurchschnittliche Ergebnisse erzielten. In diesen beiden urbanen Zentren Sachsen-Anhalts finden neben den Grünen auch sonstige Parteien, beispielsweise die Piraten mit 1,4 Prozent, vergleichsweise gute Ausgangsbedingungen der Wähleransprache vor.

Nicht nur bei den Stimmenanteilen für die Parteien zeigen sich regionale Differenzen, sondern auch bei der Wahlbeteiligung. Besonders wahlmüde zeigten sich die Bürger im Salzlandkreis, wo lediglich 47,1 Prozent ihr Wahlrecht ausübten, gefolgt von Anhalt-Bitterfeld mit 48,4 Prozent Wahlbeteiligung. Umgekehrt gingen in Magdeburg überdurchschnittlich viele, nämlich 5,7 Prozentpunkte mehr Bürger zu den Urnen. Auch in Wittenberg und den anderen beiden kreisfreien Städten Halle und Dessau-Roßlau lag die Wahlbeteiligung über dem Landesdurchschnitt.

### 3.3. Sozialstrukturelle Aspekte der Wahlentscheidung

Die sozialstrukturelle Aufschlüsselung der Wahlergebnisse lässt deutliche Unterschiede im Abstimmungsverhalten erkennen (vgl. Tabelle 3). Die CDU ist in allen Alters-, Bildungs- und Berufsgruppen die stärkste Partei. Sie hat einen überdurchschnittlich hohen Wählerrückhalt bei Beamten und Selbständigen und ebenso bei Frauen (letzteres tabellarisch nicht ausgewiesen). Lediglich bei den 18- bis 24-Jährigen sowie den Arbeitslosen und Hartz IV-Empfängern verfehlt sie ihr Gesamtergebnis um 8,5 beziehungsweise rund 18 Prozentpunkte. Die Stimmeneinbußen, die die CDU hinnehmen musste, streuen über alle Bevölkerungsgruppen. Die Linkspartei erfährt dagegen in den meisten Bevölkerungsgruppen einen ähnlichen Rückhalt wie 2006.<sup>31</sup> Wie die CDU erzielt auch sie bei den unter 34-Jährigen ein unterdurchschnittliches Wahlergebnis. Anders indes als die CDU muss die Linke bei Beamten und Selbständigen Verluste hinnehmen. Bei Arbeitslosen und Hartz IV-Emp-

29 Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2010, Berlin 2011, S. 41, [http://www.verfassungsschutz.de/de/publikationen/verfassungsschutzbericht/vsbericht\\_2010/](http://www.verfassungsschutz.de/de/publikationen/verfassungsschutzbericht/vsbericht_2010/) (Abruf am 30. September 2011).

30 Vgl. Björn Hengst, Rechtsextremismus-Hochburg Sachsen-Anhalt: Herr Diaby bekommt Morddrohungen, in: Der Spiegel vom 5. August 2011, S. 51 – 67, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,778461,00.html> (Abruf am 3. Oktober 2011).

31 Vgl. Infratest dimap, Wahlreport, a.a.O. (Fn. 3), S. 41.

**Tabelle 3: Wahlentscheid nach Alter, Bildung und Beruf (Angaben in Prozent)**

	CDU	Linke	SPD	Grüne	FDP	NPD	Andere
Insgesamt	32,5	23,7	21,5	7,1	3,8	4,6	6,8
Alter							
18 bis 24 Jahre	24	17	16	9	4	14	16
25 bis 34 Jahre	30	17	16	11	5	10	11
35 bis 44 Jahre	32	20	18	11	4	7	8
45 bis 59 Jahre	32	27	19	7	4	4	7
ab 60 Jahre	35	25	27	3	4	1	5
Bildung							
niedrig	31	25	26	3	4	5	6
mittel	31	24	21	6	4	6	8
hoch	34	23	20	11	4	2	6
Beruf/Tätigkeit							
Arbeiter	27	25	20	6	3	11	8
Angestellte	34	22	19	10	4	4	7
Beamte	43	15	16	14	3	3	6
Selbständige	49	15	10	6	11	4	5
Rentner	33	26	28	3	3	2	5
Arbeitslose	15	35	19	8	3	9	11
Hartz-IV-Bezug	14	40	14	8	3	11	10

Quelle: Infratest dimap, Wahlreport, a.a.O. (Fn. 3), S. 45, S. 47.

fängern liegt sie dagegen jenseits der 30-Prozent-Marke mit großem Abstand an erster Stelle vor SPD und CDU. Ähnlich wie CDU und Linke schneidet auch die SPD in der Gruppe der unter 34-Jährigen unterdurchschnittlich ab. Bei den über 60-Jährigen beziehungsweise Rentnern erzielt sie ihr eindeutig bestes Resultat mit 27 beziehungsweise 28 Prozent; sie punktet vergleichbar bei Wählern mit einem niedrigen Bildungsabschluss (26 Prozent). Bei Arbeitern erreicht sie mit 20 Prozent ein annähernd dem Landesdurchschnitt entsprechendes Wahlergebnis. Im Vergleich zur Landtagswahl 2006 hat die SPD vor allem unter Beamten und Jungwählern bis 24 Jahren Verluste hinnehmen müssen.<sup>32</sup>

Die Grünen erzielen insbesondere bei den unter 45-Jährigen, den Beamten und Angestellten sowie den höher Gebildeten überdurchschnittliche Prozentanteile. Weniger Rückhalt finden sie bei älteren und gering gebildeten Wählern. Stimmengewinne konnten sie vor allem in der Gruppe der 25- bis 44-jährigen Frauen und der Angestellten verzeichnen.<sup>33</sup> Der FDP ist allein die Kerngruppe der Selbständigen verblieben. Lediglich in dieser kommt sie mit elf Prozent klar über die Fünf-Prozent-Schwelle. Die deutlichen Stimmenverluste der Liberalen finden sich in so gut wie allen Bevölkerungsgruppen.<sup>34</sup> Für die NPD bestätigt sich, dass ihre Anhänger vornehmlich unter jungen Wählern zu finden sind: Über die Zehn-Prozent-Marke schaffte sie es bei 18- bis 34-Jährigen, bei Arbeitern, Arbeitslosen und Hartz IV-Beziehern. Besonders hoch fällt der Anteil der NPD mit 18 Prozent unter

32 Vgl. ebenda.

33 Vgl. ebenda, S. 41, S. 43.

34 Vgl. ebenda, S. 43.

den 18- bis 24-jährigen Männern aus.<sup>35</sup> Deutlich hinter ihrem Wahlergebnis zurück bleibt sie bei Rentnern und Personen mit höherem Bildungsabschluss.

### 3.4. Motive der Wahlentscheidung

Insgesamt war die Wahl eher landespolitisch geprägt. Für 58 Prozent der Wähler, sieben Punkte mehr als 2006, waren landespolitische Aspekte ausschlaggebend; nur für 27 Prozent (minus 11) spielte die Bundespolitik eine wichtigere Rolle. Anders stellt sich die Motivlage bei den Nichtwählern dar, die zu 44 Prozent – statt 62 Prozent im März 2006<sup>36</sup> – ihr Fernbleiben von der Landtagswahl mit der Bundespolitik begründeten. 24 Prozent machten für ihre Abstinenz die Landespolitik verantwortlich.<sup>37</sup>

Nach dem sozialpsychologischen Modell zur Erklärung des Wählerverhaltens sind hierfür drei Faktoren entscheidend: die Parteibindung als Langfristfaktor sowie als Kurzfristfaktoren die Spitzenkandidaten und die Lösungskompetenz der Parteien bei Sachfragen.<sup>38</sup> Vor die Frage gestellt, was für ihre Wahlentscheidung am wichtigsten war, gaben ähnlich wie 2006 19 Prozent die langjährige Loyalität gegenüber einer Partei, 22 Prozent die zur Wahl stehenden Spitzenkandidaten und über die Hälfte (53 Prozent) die von den Parteien angebotenen Lösungsvorschläge zu im Land bestehenden politischen Problemen an.

Während die Sachfragen für die CDU-Anhänger durchschnittlich weniger wichtiger waren (39 Prozent), spielten sie für die Anhänger der Linkspartei (63 Prozent), der NPD (68 Prozent) und insbesondere der Grünen (75 Prozent) eine dominante Rolle bei der Wahlentscheidung. Als mit Abstand wichtigstes Problem in Sachsen-Anhalt sahen 65 Prozent der Bürger vor der Landtagswahl die Arbeitslosigkeit beziehungsweise den Arbeitsmarkt an, gefolgt von der Bildungspolitik mit 25 Prozent und der wirtschaftlichen Situation mit 15 Prozent.<sup>39</sup> Anders als bei den eine Woche später folgenden Landtagswahlen im Südwesten wurde die Atomkraft (noch) nicht als Problem vergleichbarer Größenordnung im Land gesehen. So erklärt sich auch das scheinbar widersprüchliche Antwortverhalten auf die (zeitlich früher platzierte) offene Frage nach dem wichtigsten politischen Problem in Sachsen-Anhalt einerseits und der (später bekundeten) subjektiven Bedeutung von verschiedenen politischen Themen für die Wahlentscheidung der Befragten andererseits. Für 41 Prozent war das Thema Atompolitik nämlich letztlich sehr wichtig für ihr Votum. Daher ist davon auszugehen, dass der Einzug der Grünen in den Magdeburger Landtag ohne die Reaktorkatastrophe in Fukushima keineswegs sicher gewesen wäre.<sup>40</sup> Getragen wurden die Grünen zudem von einem ansehnlichen Glaubwürdigkeitsbonus, der auch auf den Landesverband ausstrahlte. Ihr Vorsprung an politischer Bonität, so analysierten die Wahlforscher

35 Vgl. ebenda, S. 41.

36 Vgl. *Everhard Holtmann*, a.a.O. (Fn. 28).

37 Angaben nach Infratest dimap, Wahlreport, a.a.O. (Fn. 3), S. 33, S. 34.

38 Vgl. *Harald Schoen / Cornelia Weins*, Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten, in: *Jürgen W. Falter / Harald Schoen* (Hrsg.), *Handbuch Wahlforschung. Ein einführendes Handbuch*, Wiesbaden 2005, S. 187 – 242.

39 Vgl. Infratest dimap, Wahlreport, a.a.O. (Fn. 3), S. 22.

40 Vgl. Kurzanalyse der Forschungsgruppe Wahlen e.V. zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 20. März 2011, [http://www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/News/\\_SaAnh\\_03\\_2011.pdf](http://www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/News/_SaAnh_03_2011.pdf) (Abruf am 4. Oktober 2011).

Tabelle 4: Parteikompetenzen (Angaben in Prozent)

	CDU	Linke	SPD	Grüne	FDP	Keiner Partei/ weiß nicht
Wirtschaft in Sachsen-Anhalt voranbringen	43 (-1)	6 (-1)	24 (+5)	2 (+2)	4 (-1)	18 (-5)
Gute Verkehrspolitik betreiben	37	4	21	7	3	27
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	36 (-1)	9 (+2)	27 (+7)	2 (+2)	2 (-1)	22 (-8)
Verschuldung Sachsen-Anhalts verringern	30	5	23	1	3	36
Gute Ausländerpolitik betreiben	27 (-1)	12 (±0)	24 (-2)	4 (-1)	2 (-1)	25 (+4)
Abwanderung aus Sachsen-Anhalt stoppen	26 (-2)	11 (+2)	21 (±0)	2 (+2)	3 (-1)	34 (-1)
Gute Schul- und Bildungspolitik betreiben	26 (+1)	18 (-2)	31 (-1)	3 (-1)	2 (-2)	17 (+2)
Für gute Familienpolitik, Kinderbetreuung sorgen	22 (+1)	24 (±0)	32 (-3)	4 (±0)	3 (+1)	12 (±0)
Den Niedergang auf dem Land stoppen	21	8	18	9	1	39
Für angemessene Löhne sorgen	21	18	33	2	2	20
Gute Energie- und Atompolitik betreiben	19	4	17	34	1	23
Für soziale Gerechtigkeit sorgen	19 (-1)	27 (+2)	31 (-4)	3 (+2)	1 (-1)	17 (+1)
Gute Umweltpolitik betreiben	14 (-2)	6 (±0)	14 (+1)	47 (+1)	0 (-3)	17 (+3)
Wichtigsten Probleme Sachsen-Anhalts lösen*	33 (-2)	11 (+4)	26 (+2)	1 (+1)	1 (-2)	24 (-4)
Frage: Ich nenne Ihnen jetzt einige Probleme. Bitte sagen mir jeweils, welcher Partei Sie am ehesten zutrauen, diese Probleme zu lösen. Jeweiliger Wert in Klammern: Differenz zu 2006; *2006: Zukunftsprobleme Sachsen-Anhalts lösen. Fehlende Werte zu 100 Prozent: Andere Partei / Keine Angabe. Quelle: Infratest dimap, Wahlreport, a.a.O. (Fn. 3), S. 25 f.						

von Infratest dimap, „basiert ganz entscheidend auf der Konstanz der Grünen in Umwelt- und Klimafragen“<sup>41</sup>. Durch den bundespolitischen Konflikt um den Ausstieg aus dem Atomausstieg sowie die abermalige Kehrtwende nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima befördert, banden die Grünen „auch im benachbarten Themenfeld, der Energie- und Atompolitik, das größte Sachvertrauen aller Parteien“<sup>42</sup> (vgl. Tabelle 4).

Die realwirtschaftlichen Fortschritte der letzten Jahre, wie beispielsweise die gesunkene Arbeitslosenrate, haben sich offenbar in die Wahrnehmung eines wachsenden Teils der Landesbevölkerung übersetzt. Entsprechend stabil blieb auch der große Kompetenzvorsprung, den beide Regierungsparteien in den meisten Politikfeldern behaupteten (vgl. Tabelle 4). Dabei profitierte die CDU vor allem von der ihr zugeschriebenen Sachkompetenz in den

41 Infratest dimap, Wahlreport, a.a.O. (Fn. 3), S. 18.

42 Ebenda.

Tabelle 5: Einstellungen zu Spitzkandidaten (Angaben in Prozent)

	Reiner Haseloff (CDU)	Jens Bullerjahn (SPD)	Wulf Gallert (Linke)	Kein Unterschied
Präferierter Ministerpräsident	29	31	11	–
Wer ist am glaubwürdigsten?	13	13	6	40
kann das Land am besten voranbringen?	21	13	4	28
ist am sympathischsten?	14	21	5	30
hat den meisten Sachverstand?	15	11	3	30
Skalometerbewertung (-5 bis +5)	+1,5	+1,7	+0,8	–

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, [http://wahltool.zdf.de/st/\\_html5/indexc.html?req=Gewinne](http://wahltool.zdf.de/st/_html5/indexc.html?req=Gewinne) (Abruf am 5. Oktober 2011).

Bereichen Arbeitsmarkt und Wirtschaft, die die Sachsen-Anhalter als wichtigste politische Probleme nannten. Darüber hinaus sieht eine relative Mehrheit die CDU auch als die Partei mit der höchsten Kompetenz bei der Verkehrspolitik und generell beim Lösen wichtiger Probleme Sachsen-Anhalts an. Bei den Themen Bildungs-, Familien- und Lohnpolitik sowie soziale Gerechtigkeit trauten die Bürger der SPD am meisten zu.

In Anbetracht ihres zweiten Platzes beim Wahlergebnis mag es überraschen, dass der Linkspartei in keinem Politikfeld eindeutig die Lösungskompetenz zugewiesen wurde. Lediglich bei Fragen der sozialen Gerechtigkeit und in der Familienpolitik wurde ihr eine gewisse Sachkunde zugestanden, die aber hinter derjenigen der SPD zurückblieb. Offensichtlich sieht ein größerer Teil der Wählerschaft die Linkspartei nach wie vor in der Rolle der gesellschaftskritischen Anwältin sozialer Verteilungsansprüche. Der SPD wird dagegen nachgesagt, dass sie mit Hartz IV und der Rente mit 67 ihre sozialdemokratischen Prinzipien aufgegeben habe, wie Umfragedaten zeigen.<sup>43</sup> Den Schuldenabbau, den Stopp der Abwanderung und des Niedergangs auf dem Land trauen die Wähler mehrheitlich keiner Partei zu.

Eine Analyse der Einstellungen der Wähler zu den Spitzkandidaten der drei größeren Parteien zeigt, dass „es zwei Favoriten und einen Verlierer“<sup>44</sup> gab. Bei der Frage nach dem favorisierten Ministerpräsidenten bevorzugten 29 Prozent den CDU-Kandidaten *Reiner Haseloff* und 31 Prozent *Jens Bullerjahn* (SPD). Nur elf Prozent sprachen sich für *Wulf Gallert* (Linke) aus (vgl. Tabelle 5). Eine Auswertung der Eigenschaftsprofile zeigt, dass die Mehrheit der Wähler keinen Unterschied im politischen Erscheinungsbild und den politischen Kompetenzen der Spitzkandidaten wahrgenommen hat. Bei der Eigenschaftsdimension Sympathie schneidet *Bullerjahn* etwas besser ab, bei der Leistungsdimension hingegen *Haseloff*. *Gallert* liegt bei der Beurteilung des allgemeinen Ansehens auf einer -5/+5-Skala mit einem Wert von +0,8 klar hinter *Bullerjahn* mit +1,7 und *Haseloff* mit +1,5. Weder *Bullerjahn* noch *Haseloff* reichen jedoch an das herausragende Ergebnis des scheidenden Regierungschefs *Wolfgang Böhmer* (CDU) mit +2,3 heran.<sup>45</sup>

43 Vgl. ebenda, S. 28.

44 Kurzanalyse der Forschungsgruppe Wahlen e.V. zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 20. März 2011, a.a.O. (Fn. 38).

45 Vgl. Kurzanalyse der Forschungsgruppe Wahlen e.V. zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 20. März 2011, a.a.O. (Fn. 40).

#### 4. Regierungsbildung

Auf der Basis des Wahlergebnisses wären rechnerisch zwei Koalitionen möglich gewesen: zum einen ein rot-rotes Bündnis, das mit 55 Sitzen über eine knappe Mehrheit im Landtag verfügt hätte, und zum anderen die Fortsetzung der Großen Koalition mit einer komfortablen Mehrheit von 67 Sitzen. Da die Sozialdemokraten im Vorfeld der Landtagswahl eine Rolle als Juniorpartner der Linken ausgeschlossen hatten und es sich bereits am Wahlabend früh abzeichnete, dass die Linke abermals besser abgeschnitten hatte als die SPD, stellte ein rot-rotes Bündnis politisch keine Alternative dar. Zwar ließ sich die SPD – konkret *Jens Bullerjahn* – zunächst ein Hintertürchen offen und erteilte dem Gesprächsangebot der Linken keine klare Absage. Da jedoch beide Parteien das Amt des Ministerpräsidenten im Falle einer Koalition für sich beanspruchten, fehlte die Grundlage für weiterführende Gespräche, wenngleich sich beide inhaltlich recht nahe stehen.<sup>46</sup> Der SPD-Landesvorstand sprach sich frühzeitig für exklusive Sondierungsgespräche mit dem bisherigen Koalitionspartner CDU aus. Eine Neuauflage der Großen Koalition entsprach auch dem Willen der Bürger, die sich in Umfragen mehrheitlich für ein schwarz-rotes Bündnis nach der Landtagswahl ausgesprochen hatten.<sup>47</sup>

Dennoch kam der Motor der Regierungsbildung bisweilen ins Stottern. Unruhe herrschte insbesondere in der CDU, deren neu gewählte Landtagsfraktion in der Woche nach der Wahl an dem designierten Ministerpräsident *Haseloff* vorbei eine neue Fraktionsspitze inthronisierte. Offen blieb, inwiefern dies als eine politische Schwächung *Haseloffs* zu werten ist.<sup>48</sup> In Sondierungsgesprächen über eine Fortführung des schwarz-roten Bündnisses hatte man sich ebenfalls in der Woche nach der Landtagswahl auf ein gemeinsames Themenpaket, das so genannte „Elf-Punkte-Programm“, verständigt, das vor allem auf Seiten der CDU wegen seiner SPD-Lastigkeit zu Unmut führte.<sup>49</sup> Zehn Tage nach der Landtagswahl traten CDU und SPD in konkrete Koalitionsverhandlungen ein. Streitpunkte waren unter anderem die Erhöhung der Polizeistärke, die Änderung des Kinderfördergesetzes, das Thema Gesamtschule sowie das Kampfhundegesetz.<sup>50</sup> Nachdem sich beide Parteien nach knapp drei Wochen auf einen Koalitionsvertrag geeinigt hatten, rückte die Ressortverteilung in den Mittelpunkt. Sowohl CDU als auch SPD erhoben Anspruch auf das Kultusministerium, das seit 2002 von der CDU geführt worden war. Vier Wochen nach der Landtagswahl war auch die neue Parität der Verteilung der Ministerien geklärt, und der

46 Vgl. SPD stellt Weichen für Schwarz-Rot, in: Welt online vom 22. März 2011, [http://www.welt.de/print/welt\\_kompakt/print\\_politik/article12914390/SPD-stellt-Weichen-fuer-Schwarz-Rot.html](http://www.welt.de/print/welt_kompakt/print_politik/article12914390/SPD-stellt-Weichen-fuer-Schwarz-Rot.html) (Abruf am 6. Oktober 2011); *Tom Strohschneider*, Kumpel in Konkurrenz, in: Der Freitag vom 19. März 2011, <http://www.freitag.de/politik/1111-kumpel-in-konkurrenz> (Abruf am 6. Oktober 2011).

47 Vgl. Infratest dimap, Wahlreport, a.a.O. (Fn. 3), S. 19.

48 Vgl. *Hendrik Kranert-Rydzy*, Geheimtreffen zeigt Wirkung. CDU-Fraktion entmachtet Geschäftsführer. Gürth soll nun Landtagspräsident werden, in: Mitteldeutsche Zeitung vom 24. März 2011, <http://www.mz-web.de/archiv/Geheimtreffen-zeigt-Wirkung/HC-03-24-2011-462468BC-6C0F-498D-A279-34657D.htm> (Abruf vom 6. Oktober 2011).

49 Vgl. *Miriam Hollstein*, Sachsen-Anhalt: Unmut in der CDU über „Zugeständnisse“, in: Die Welt vom 31. März 2011, [http://www.welt.de/print/die\\_welt/politik/article13022373/Sachsen-Anhalt-Unmut-in-der-CDU-ueber-Zugestaendnisse.html](http://www.welt.de/print/die_welt/politik/article13022373/Sachsen-Anhalt-Unmut-in-der-CDU-ueber-Zugestaendnisse.html) (Abruf am 6. Oktober 2011).

50 Vgl. *Winfried Borchert / Jens Schmidt / Philipp Hoffmann*, CDU und SPD vor Koalitionsgesprächen. Langer Wunschkettel, harte Verhandlungen, in: Volksstimme vom 24. März 2011.

**Tabelle 6: Die Mitglieder der neuen Landesregierung in Sachsen-Anhalt (Stand: 2011)\***

Ministerpräsident	Dr. Reiner Haseloff (CDU)
Ministerium für Inneres	Holger Stahlknecht (CDU)
Ministerium für Justiz und Gleichstellung (bisher: Justiz)	Prof. Dr. Angela Kolb (SPD)
Ministerium der Finanzen (stellv. Ministerpräsident)	Jens Bullerjahn (SPD)
Ministerium für Arbeit und Soziales (bisher: Gesundheit und Soziales)	Norbert Bischoff (SPD)
Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft (bisher: Wirtschaft und Arbeit)	Prof. Dr. Birgitta Wolff (CDU)
Kultusministerium	Stephan Dorgerloh (SPD)
Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt	Dr. Hermann Onko Aeikens (CDU)
Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr (bisher: Bau, Verkehr und Landesentwicklung)	Thomas Webel (CDU)
Staatskanzlei, Bundes- und Europaangelegenheiten	Rainer Robra (CDU)

\* Zur Zusammensetzung der Vorgängerregierung siehe *Everhard Holtmann*, a.a.O. (Fn. 28), S. 65.  
Quelle: <http://www.sachsen-anhalt.de/index.php?id=pg4h8cjm2pdr> (Abruf am 6. Oktober 2011).

67 Seite starke Koalitionsvertrag mit dem Titel „Sachsen-Anhalt geht seinen Weg – Wachstum, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit“ wurde von den Delegierten beider Parteien verabschiedet.

Ein besonders heftig diskutierter Punkt der Koalitionsverhandlungen war die Bildungspolitik. Der dazu gefundene Kompromiss lässt die SPD als Gewinnerin dastehen und die CDU immerhin das Gesicht wahren. Die Sozialdemokraten erhielten das Kultusministerium und setzten im Regierungsprogramm die Forderung durch, Gemeinschaftsschulen für ein längeres gemeinsames Lernen der Schüler zu ermöglichen. Sie mussten aber die Zuständigkeit für den Wissenschaftsbereich abgeben, der dem CDU-geführten Wirtschaftsministerium zugeschlagen wurde. Ferner vereinbarten beide Parteien, die Sanierung des Haushaltes fortzusetzen. Als Zielvorgabe wurde festgeschrieben, dass der Etat 2012 ohne neue Schulden auskommt. Die Schuldenbremse wurde bekräftigt. Geplant ist außerdem ein Vergabegesetz, um Dumping-Löhne bei öffentlichen Aufträgen zu verhindern. Zudem soll das Rentenalter der Beamten ab 2015 schrittweise auf 67 Jahre angehoben werden.<sup>51</sup>

Die Regierungsarbeit obliegt in der 6. Wahlperiode acht Ministerien, der von einem Staatsminister geführten Staatskanzlei und dem Regierungschef (vgl. Tabelle 6). Die CDU stellt den Ministerpräsidenten und übernimmt nach fünfjähriger SPD-Führung wieder das Ministerium für Inneres. Außerdem gehen das neu gebildete Ministerium für Wirtschaft und Wissenschaft, das Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr, das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt sowie die Staatskanzlei an die CDU. Die SPD leitet im Kabinett *Haseloff* wie bisher vier Ressorts. Sie erhält neu das Kultusministerium und behält

51 Vgl. Koalitionsvertrag von Sachsen-Anhalt steht, in: Spiegel online vom 13. April 2011, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,756753,00.html> (Abruf am 6. Oktober 2011); Nach der Wahl: Der Koalitionsvertrag in Sachsen-Anhalt steht, in: Handelsblatt vom 6. April 2011, <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/der-koalitionsvertrag-in-sachsen-anhalt-steht-/4032998.html> (Abruf am 6. Oktober 2011).

die Ministerien für Finanzen, für Justiz und Gleichstellung sowie für Arbeit und Soziales.<sup>52</sup> Neben personeller Kontinuität gab es einige Wechsel. Da der bisherige Regierungschef *Böhmer* (CDU) aus Altersgründen nicht mehr antrat, wurde *Haseloff* am 19. April 2011 in der konstituierenden Sitzung des neuen Landtags im ersten Wahlgang, aber mit etlichen Gegenstimmen aus den eigenen Reihen, zum neuen Ministerpräsidenten gewählt. Die Staatskanzlei leitet erneut Staatsminister *Rainer Robra*. Ebenso behalten *Bullerjahn* als Finanzminister und stellvertretender Ministerpräsident, *Angela Kolb* (SPD, Justiz), *Norbert Bischoff* (SPD, Arbeit und Soziales) und *Onko Aeikens* (CDU, Landwirtschaft und Umwelt) ihre Ämter. *Brigitta Wolff* (CDU) wechselt vom Kultusministerium an die Spitze des neu geschaffenen Ministeriums für Wissenschaft und Wirtschaft. Neu ins Kabinett eingetreten sind *Holger Stahlknecht* (CDU) als Innenminister sowie *Stephan Dorgerloh* (SPD), Leiter des Bildungskonvents und im SPD-Kompetenzteam zuständig für die Themen Schule und Kultur, als Kultusminister und der Parteivorsitzende *Thomas Webel* (CDU) als Minister für Landesentwicklung und Verkehr.<sup>53</sup> Darüber hinaus wurden fast alle Staatssekretäre ausgetauscht.

## 5. Zusammenfassung

- (1) Der Wahlkampf verlief ohne größere Höhepunkte und glich einem „Kuschelwahlkampf“<sup>54</sup>. Es fehlte sowohl an politisch umstrittenen Sachthemen als auch an streitlustigen Spitzenkandidaten.
- (2) Im Wahlverhalten der Sachsen-Anhalter traten bei dieser Landtagswahl Elemente der Kontinuität klarer als solche des Wandels zutage. Zum dritten Mal in Folge blieb das Stärkeverhältnis der drei großen Parteien – CDU vor Linke vor SPD – unverändert. Und obgleich die SPD auf dem vergleichsweise niedrigen Niveau ihrer Wahlergebnisse von 2002 und 2006 stagnierte, fiel ihr für die Bildung der neuen Regierungskoalition, wie schon 2006, die Schlüsselstellung zu. Dass es nach relativ zügigen Verhandlungen zur Neuauflage der schwarz-roten Koalition kam, entsprach der Präferenz der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung.
- (3) Zwar übernahm die SPD neben dem Finanz- auch das Kultusministerium und damit jene beiden Ressorts, die der scheidende Ministerpräsident *Böhmer* als die wichtigsten bezeichnete. Dennoch fiel die Bilanz dieser Landtagswahl für die SPD zwiespältig aus: Abermals gelang es ihr nicht, die hohen Sympathiewerte ihres Spitzenkandidaten in eine entsprechende Parteivorliebe der Wähler umzusetzen, und wiederum blieb, trotz teilweise verbesserter Kompetenzwerte in wichtigen Politikfeldern, das tatsächlich erzielte Wahlergebnis hinter der zuvor gemessenen politischen Stimmung deutlich zurück.

52 Vgl. Einigung auf Koalitionsvertrag, in: Focus vom 16. April 2011, [http://www.focus.de/politik/deutschland/wahlen-2011/sachsen-anhalt/sachsen-anhalt-einigung-auf-koalitionsvertrag\\_aid\\_619126.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/wahlen-2011/sachsen-anhalt/sachsen-anhalt-einigung-auf-koalitionsvertrag_aid_619126.html) (Abruf am 6. Oktober 2011).

53 Vgl. Das Kabinett Haseloff im Überblick, in: <http://www.mdr.de/sachsen-anhalt/landtagswahl/artikel110700.html> (Abruf am 6. Oktober 2011).

54 Florian Gathmann, Kampf der Kuschel-Kandidaten, in: Der Spiegel vom 19. März 2011, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,751252,00.html> (Abruf am 6. November 2011).

- (4) Mehr Bürger als fünf Jahre zuvor gaben an, dass ihre Wahlentscheidung stärker von landes- als von bundespolitischen Beweggründen geleitet war. Dies scheint einen Befund der Wahlforschung, „dass es deutliche Anzeichen für einen abnehmenden bundespolitischen Einfluss auf das Wahlverhalten“<sup>55</sup> bei Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt gibt, in der Tendenz zu bestätigen. Allerdings bildet das Wahlergebnis vom 20. März 2011 durchaus die für die Parteien im Bund gemessenen Stimmungskurven im Grundmuster ab. Insbesondere regionaler Erfolg und Misserfolg der kleinen Parteien, das Scheitern der FDP und der Wiedereinzug der Grünen wurden wesentlich durch die bundespolitische Großwetterlage bestimmt.
- (5) Die Wahlbeteiligung lag um fast sieben Prozentpunkte höher als bei dem Tiefstand von 2006. Von der erhöhten Mobilisierung haben mit Ausnahme der FDP alle im Landtag vertretenen Parteien profitiert. Darauf ist auch zurückzuführen, dass die NPD, die ebenfalls aus dem Lager der Nichtwähler schöpfte, knapp an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte.
- (6) Regionale Differenzen zeigten sich insbesondere beim Wahlergebnis der Christdemokraten und der Grünen, aber auch der NPD. Hochburg der CDU war Wittenberg. Die Grünen erzielten vor allem in den kreisfreien Städten überdurchschnittliche Ergebnisse. Auch wenn rechtsextreme Parteineigungen in Sachsen-Anhalt nicht so stark lokal verwurzelt sind wie in Teilen Sachsen und Mecklenburg-Vorpommerns, konnte die NPD in einzelnen Landkreisen deutlich mehr als fünf Prozent erringen.
- (7) Sozialstrukturell bildete die CDU in allen Alters-, Bildungs- und Berufsgruppen die stärkste Partei. Die Linke punktete insbesondere bei Arbeitslosen und Hartz-IV-Empfängern, die SPD bei den über 60-Jährigen. Die NPD erhält in der Altersklasse der 18- bis 34-Jährigen überdurchschnittlichen Zuspruch.

<sup>55</sup> Ossip Fürnberg / Kai-Uwe Schnapp, Magdeburger Modell und „rote Laterne“, Wahlen in Sachsen-Anhalt, in: Kerstin Völk / Kai-Uwe Schnapp / Everhard Holmann / Oscar W. Gabriel (Hrsg.), Wähler und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 2008, S. 381 – 410, S. 407.

## Die rheinland-pfälzische Landtagswahl vom 27. März 2011: Dosierter Machtwechsel in Mainz

Heiko Gothe

Die Wahl vom 27. März 2011 wies die größte Volatilität auf, die es in der rheinland-pfälzischen Wahlgeschichte je gab. „König Kurt“ musste einen Rekordverlust hinnehmen, während die Grünen ihren Wähleranteil verdreifachten. Resultat ist die erste rot-grüne Koalition zwischen Rhein und Mosel. Die CDU feierte sich, obwohl sie nur ihr zweitschlechtestes Ergebnis erzielte. Die FDP ist nach 24 Jahren nicht mehr im Landtag vertreten.